

Demografischer Wandel und Fachkräftebedarf: Qualifizierungsreserven nutzen!

1. Vorbemerkung

Verfolgt man die aktuellen Diskussionen über die Folgen des demografischen Wandels für zukünftige Anforderungen an Arbeitskräfte, so entziffert man höchst widersprüchliche Signale: Einerseits wird ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften erwartet, andererseits gibt eine „Work First-Philosophie“ der Vermittlung in (irgendeine) Arbeit Vorrang vor Qualifizierung. Längerfristig angelegte Qualifizierungsstrategien, etwa die systematische Nachqualifizierung von jungen Arbeitskräften ohne oder mit nicht marktfähigen Ausbildungsabschlüssen, scheinen danach nicht mehr zeitgemäß.

Ich folge hier der These von Jürgen Thiel, dass wir – nicht nur wegen, aber auch angesichts des demografischen Wandels – eine Strategie der Qualifizierung verfolgen müssen und es uns nicht leisten können, fünfzehn und mehr Prozent einer Altersgruppe als nicht qualifizierbar abzuschreiben. Berufsausbildung muss auch für Jugendliche mit schlechten Startchancen nicht nur zugänglich gemacht, sondern auch qualitativ verbessert werden.

Das wäre schieres Wunschdenken, hätten wir aus einer Reihe von Experimenten – viele davon von Jürgen Thiel angestoßen oder tatkräftig unterstützt – nicht zahlreiche Belege für das Machbare. Dafür möchte ich Beispiele in Handlungsfeldern mit aus meiner Sicht hoher Priorität anführen. Danach möchte ich einige Prinzipien benennen, die bei der Realisierung einer solchen Programmatik berücksichtigt werden sollten.

2. Qualifizierung ist machbar: Vier Beispiele in Handlungsfeldern mit hoher Priorität

Handlungsfeld 1: Schulversagen und Schulabbruch sind vermeidbar

Der Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, stagniert auf hohem Niveau. Gleichzeitig haben sich die Chancen Jugendlicher, ohne Schulabschluss eine Berufsausbildung anzutreten, fast auf Null verringert (Berufsbildungsbericht 2003). EHMANN und RADEMACKER haben in ihrer eben veröffentlichten Studie gezeigt, dass Unterrichtsversäumnisse und Schulpflichtverletzungen in großem Maße stattfinden und vom Schulsystem weitgehend ignoriert werden

(EHMANN/RADEMACKER 2003). Schulkarrieren mit unregelmäßigem Schulbesuch jedoch gehen Schulabbrüchen und Benachteiligungen bei der Einmündung in Ausbildung und Arbeit voraus (FÖRSTER u.a. 2002).

Im Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ (1998-2002) des Bundesjugendministeriums (BMFSFJ) wurden Strategien erprobt, wie Jugendliche, die trotz Schulpflicht über Monate und Jahre der Schule den Rücken kehrten, wieder an systematisches Lernen herangeführt werden können. Die Ergebnisse des Programms zeigten: Auch hartnäckige Schulschwänzer/innen konnten für eine regelmäßige Teilnahme am Unterricht gewonnen werden. Abbrüche waren die Ausnahme. Über ein Drittel absolvierte erfolgreich die – relativ schwierigen – Externenprüfungen zum Erwerb von Schulabschlüssen (SCHREIBER-KITTL/SCHRÖPFER 2002).

Dass vom Bildungs- und Ausbildungssystem weitgehend ausgegrenzte Jugendliche wieder für systematisches Lernen gewonnen werden können, belegt auch das Modellprogramm „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“ (ebenfalls ein Programm des BMFSFJ). Hier wurde an vielen Standorten von Modellprojekten die Vorbereitung auf die Hauptschulabschlussprüfung nachträglich in das Programm eingebaut, weil die Jugendlichen es ausdrücklich nachfragten.

Inzwischen zeigen Praxisbeispiele in Nordrhein-Westfalen, wie durch frühzeitige Interventionen in Kooperation von Jugendsozialarbeit und Schule den Risiken von Schulmüdigkeit und Schulversagen präventiv begegnet werden kann (HOFMANN-LUN/KRAHECK 2004). Allerdings belegen die Beispiele auch, dass der prekäre Status der Jugendsozialarbeit in dieser Kooperation überwunden werden muss, wenn die Schulen in dieser Zusammenarbeit verlässliche Partner sein sollen. Dann könnte die Zahl der Jugendlichen, die die Schulen ohne Abschluss und ohne formale Voraussetzung für die Aufnahme einer Berufsausbildung verlassen, deutlich verringert werden.

Handlungsfeld 2: Ausbildung praxisnah gestalten

Die betriebliche Berufsausbildung gilt nach wie vor als Königsweg einer praxisnahen Berufsausbildung. Sie gilt als Garant dafür, dass Ausbildungsabsolvent/innen ohne längere Eingangsphasen als Fachkräfte ihre Frau oder ihren Mann stehen können.

Derzeit können Ausbildungsbetriebe bei der Bewerberauswahl Bestenauslese betreiben. Wenn die geburtenschwachen Jahrgänge die Schulen verlassen, müssen Betriebe dagegen die Fähigkeit haben, auch Jugendliche erfolg-

reich auszubilden, die weniger „pflegeleicht“ sind. Wie dies in Zusammenarbeit von Jugendsozialarbeit und Betrieben gelingen kann, wurde in Modellprogrammen des BMFSFJ (Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit) und des BMBF („Kompetenzen Fördern“) erprobt. Jetzt geht es darum, die Erfahrungen zu transferieren und an förderrechtliche Grundlagen anzupassen (GERICKE 2004).

Darüber hinaus sollten wir prüfen, ob die in Kooperation von Jugendsozialarbeit und Betrieben entwickelten Strategien nicht grundsätzlich geeignet sind, Betriebe zur Durchführung einer qualitativ hochwertigen betrieblichen Ausbildung zu befähigen, Betriebe, die sich ohne eine entsprechende Unterstützung aus betriebswirtschaftlichen oder arbeitsorganisatorischen Gründen von der Ausbildung verabschieden müssten.

Auch bei geburtenschwachen Schulentlassjahrgängen werden Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen und schwerwiegenden sozialen Benachteiligungen zur betrieblichen Ausbildung keinen Zugang finden. Sie benötigen für ihre berufliche Förderung den pädagogisch gestalteten Rahmen einer außerbetrieblichen Ausbildung. Auch diese kann praxisnah sein, und sie muss es sein, wenn sie schulmüde Jugendliche motivieren soll und erfolgreiche Übergänge an der zweiten Schwelle ermöglichen will. Erfolgreich arbeitende „Jugendhilfebetriebe“, die ihre Auszubildenden pädagogisch dosiert den Anforderungen der realen Arbeitswelt aussetzen, zeigen, dass außerbetriebliche Förderung nicht in Form von praxisfernen „Sandkastenspielen“ stattfinden muss. Die in der europäischen Diskussion als „Third System“ etikettierten Organisationsformen, die soziale und pädagogische Ziele mit wirtschaftlichem Handeln verbinden, könnten eine Brücke darstellen, über die auch Jugendliche mit sehr ungünstigen Voraussetzungen in die Erwerbsarbeit gelangen (LEX/SCHAUB 2002).

Die Fixierung der berufsbildungspolitischen Diskussion auf das „duale System“ verstellt den Blick auf die Tatsache, dass die berufsbildenden Schulen inzwischen gewichtige Orte der beruflichen Qualifizierung (für die jungen Frauen der dualen Ausbildung quantitativ und qualitativ durchaus vergleichbar) geworden sind. Auch hier wird gelegentlich der Vorwurf der Praxisferne erhoben. Dabei werden derzeit neu erprobte, aber auch bereits lange praktizierte Formen der „Dualisierung“ (durch systematische betriebliche Praktika oder auch „Produktionsschulen“) häufig übersehen. Berufsbildende Schulen werden auch zukünftig eine wichtige Rolle bei der Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher spielen. Dazu müssen vorhandene Ansätze zu einem stärkeren

Praxisbezug ausgebaut werden.

Handlungsfeld 3: Informationstechnische Grundbildung für alle

Der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken kennzeichnet Erwerbsarbeit nicht nur in Bereichen qualifikatorisch anspruchsvoller Tätigkeiten, sondern auch in Tätigkeitsfeldern, in denen geringer qualifizierte, benachteiligte Arbeitskräfte eingesetzt werden. Eine berufliche Kompetenz im Umgang mit diesen Techniken wird damit zunehmend zur qualifikatorischen Grundausstattung für Erwerbsarbeit auch für Benachteiligte.

Gleichzeitig gewinnen die neuen Medien eine schnell wachsende Bedeutung in vielen Bereichen der Lebensführung außerhalb von Erwerbsarbeit: bei der Informationsgewinnung, in der Freizeitgestaltung, in der Kommunikation, in der politischen Partizipation. Ein kompetenter Umgang mit diesen Medien bildet damit eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Die schnelle Entwicklung und Verbreitung der neuen Techniken enthält Risiken einer Verschärfung von Benachteiligungen und bietet Chancen zu deren Abbau: Die Risiken liegen im Ausschluss von ohnehin benachteiligten Bevölkerungsgruppen vom Zugang zu diesen Techniken und von deren kompetenter Nutzung, was einem Ausschluss von Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Teilhabe gleichkommt.

– Chancen liegen darin, dass diese Techniken neue Möglichkeiten des kreativen und effizienten Umgangs mit Information eröffnen, die nicht an bisher maßgebliche kulturelle und Bildungsvoraussetzungen gebunden sind. So eröffnen sich Chancen des Kompetenzerwerbs für Bevölkerungsgruppen, die bisher beim Zugang zu Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit benachteiligt sind.

Aktivitäten der Jugendsozialarbeit zur Kompetenzentwicklung in den neuen Informations- und Kommunikationstechniken differenzieren sich in die folgenden Handlungsfelder aus, in denen – bei sehr unterschiedlichen Entwicklungsständen – für unterschiedliche Benachteiligungskonstellationen (Bildungsstand, Geschlecht, Nationalität, Region) Strategien zur Verhinderung von Ausgrenzungen und zur Förderung von sozialer und beruflicher Integration entwickelt und erprobt werden (SCHAUB 2001):

(1) Medienkompetenz als Kulturtechnik:

Die Beschäftigung mit neuen Medien hat auch für benachteiligte Jugendliche einen hohen Freizeit- und Prestigewert. Die Realisierung dieser Interessen scheitert jedoch häufig an den Zugriffs- und Nutzungsmög-

lichkeiten. Auch Jugendliche, die wegen ihrer sozialen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Nationalität oder wegen schlechter Bildungsvoraussetzungen objektiv oder subjektiv einen erschwerten Zugang zu den neuen IuK-Techniken haben, können durch adressatenspezifische Strategien zu einer aktiven und kompetenten Nutzung dieser Medien befähigt werden.

- (2) Die neuen Medien als Instrumente zum Abbau von Lern- und Bildungsdefiziten: Analphabetismus ist für eine große Zahl von Jugendlichen ein zentrales Hindernis für das Gelingen der beruflichen Integration. Dies gilt sowohl für deutsche Jugendliche als auch für Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund („Analphabeten in zwei Sprachen“). Während der Markt und die Anwendung computergestützter und multimedialer Lernhilfen für Gymnasiasten boomen, fehlen (bzw. fehlt es an Transparenz über) Lernhilfen zum Abbau tief greifender Lern- und Bildungsdefizite.
- (3) Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen in den neuen IuK-Berufen: In den informations- und kommunikationstechnischen Berufen wird es – bei allen zeitlichen Schwankungen – einen hohen Bedarf an jungen und gut ausgebildeten Fachkräften geben. Ausgebildet werden bisher fast ausschließlich (männliche) Abiturienten und gute Realschulabsolventen. Praxismodelle in diesem Handlungsfeld haben aber gezeigt, dass auch Jugendliche mit schlechteren schulischen Abschlüssen erfolgreich in diesen Berufen ausgebildet werden können.
- (4) IuK-Techniken in Strategien zur Entwicklung strukturschwacher Regionen: Um das „Ausbluten“ von strukturschwachen ländlichen Regionen zu verhindern, müssen hier Jugendliche nicht nur gefördert und qualifiziert, sondern ihnen in der Region auch berufliche Perspektiven geschaffen werden. Der Einsatz neuer Techniken ermöglicht Erwerbsarbeit und Existenzgründungen in Marktnischen weit abseits der Ballungsgebiete.

Handlungsfeld 4: Interkulturelles Lernen und Arbeiten auch für Benachteiligte

Interkulturelle Kompetenz bzw. Erfahrungen durch das Lernen und Arbeiten im Ausland gehören zunehmend zur qualifikatorischen Grundausstattung für Erwerbsarbeit, auch in vielen Berufen, die Benachteiligten zugänglich sind. Lernen im Ausland hat ein hohes Potenzial zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, insbesondere der Entwicklung der Selbständigkeit. Lernen im Ausland kann

für Jugendliche mit Migrationshintergrund aus dem problematischen Status zwischen den Kulturen eine Stärke machen.

Zwar werden Austausch- und Reiseaktivitäten inzwischen auch in der Benachteiligtenförderung relativ stark praktiziert. Lernen im Ausland wird allerdings viel zu wenig systematisch für die berufliche Qualifizierung und die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen eingesetzt. Es überwiegen zwar durchaus sinnvolle, aber nicht nachhaltige Formen des Jugendtourismus.

Die Erfahrungen aus Experimenten, die interkulturelles Lernen/Lernen im Ausland zu einem systematischen Bestandteil der Benachteiligtenförderung machen und die Lern- und Entwicklungschancen durch systematisch organisiertes Lernen und Arbeiten im Ausland auch für diese Adressatengruppe nutzen, müssen systematisch dokumentiert und ausgewertet werden (SCHREIBER/SCHREIER 2002). Wir brauchen schließlich Stellen, die eine Mittlerfunktion wahrnehmen zwischen benachteiligten Jugendlichen und Trägern von Angeboten der Benachteiligtenförderung einerseits und im europäischen Ausland durchgeführten Lern- und Beschäftigungsangeboten andererseits.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfordert mit Kontinuität und Professionalität arbeitende Einrichtungen, die für Jugendliche, lokale Akteure und ausländische Partner eine verlässliche Kooperations- und Anlaufstelle sind. Aufgaben könnten sein:

- in der Phase der vorberuflichen Bildung: Organisation von Auslandsaufenthalten zur Berufsorientierung (Betriebspraktika, Betriebsbesichtigungen), zur Verbesserung von Fremdsprachenkenntnissen und zur Prävention von Schulversagen und Schulverweigerung (z. B. Verbindung von Workcamps mit systematischen Lernangeboten);
- in der beruflichen Erstausbildung: Unterstützung beim Erwerb berufsspezifischer Spezial- und Zusatzqualifikationen (z. B. Betriebspraktika für Auszubildende in Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes, Aneignung von Handwerkstechniken für Restauration und Denkmalpflege in Berufen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes);
- an der zweiten Schwelle: Organisation von betrieblichen Langzeitpraktika im Ausland verbunden mit Qualifizierungsbausteinen (IT, Sprachen) und der Vertiefung und Erweiterung der beruflichen Qualifikationen.

3. Prinzipien der Förderung

Ich möchte abschließend sechs Prinzipien benennen, die bei einer Strategie der Qualifizierung zu beachten sind:

- (1) Tiefgreifende Brüche in den Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbsverläufen müssen vermieden werden. Dies ist nicht die illusionäre Forderung nach einem widerspruchsfreien und konfliktfreien Weg ins Arbeits- und Erwachsenenleben, wohl aber die Forderung, dass das Scheitern von Jugendlichen bis hin zur sozialen Ausgrenzung nicht hingenommen werden darf. Wir wissen, dass diese Jugendlichen durch eine Kombination von Förderung und Anforderungen mit Ernstcharakter zu großen Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen motiviert werden können. Das derzeit breit diskutierte Prinzip des „Förderns und Forderns“ scheint dieser Zielsetzung insofern gerecht zu werden, als es auf frühe Intervention setzt. Wo allerdings das „Fordern“ die Lebenslagen von Jugendlichen und daraus abzuleitende pädagogische Erfordernisse ignoriert, drohen schwer umkehrbare Prozesse der gesellschaftlichen Ausgrenzung mit hohen sozialen Folgekosten (KRAHECK 2004).
- (2) Das bedeutet, dass Förderung und Forderung den Voraussetzungen, Bedürfnissen und Lebensumständen der Jugendlichen angepasst und mittel- bis langfristig angelegt werden müssen. Dies ist nicht ausschließlich – wie der aktuelle Boom von Assessment-Verfahren suggeriert – ein Problem der Verbesserung und verstärkten Anwendung diagnostischer Verfahren. Es muss auch Angebote geben, die den Jugendlichen, bezogen auf ihre jeweilige Situation, reale Perspektiven eröffnen. Und die Jugendlichen sind bei der Auswahl von Angeboten als Expert/innen in eigener Sache ernst zu nehmen.
- (3) Eine bessere Anpassung an die Voraussetzungen, Bedürfnisse und Lebenslagen der jeweiligen Adressatengruppen ist auch eine notwendige Basis dafür, dass die Jugendsozialarbeit ihren Beitrag zum Abbau der Benachteiligungen von Mädchen und jungen Frauen beim Übergang vom Bildungssystem, in dem sie inzwischen besser als die männlichen Jugendlichen abschneiden, in das Beschäftigungssystem leistet, wo die berufliche Platzierung der jungen Frauen nicht ihren Bildungsvoraussetzungen entspricht. Von einer Reihe von bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen gibt es in der Benachteiligtenförderung noch immer eine Tendenz, Angebote vermeintlich geschlechtsneutral, in Wirklichkeit aber „geschlechtsblind“ zu gestalten. Die Anwendung des Prinzips des Gender Mainstreaming muss dazu führen, dass die Inhalte, sozialen Kontexte und Formen von Leistungen daraufhin überprüft werden, ob sie geeignet sind, ungleiche Chancen zwischen den Geschlechtern eher abzubauen oder zu zementieren (RICHTER 2004).
- (4) Analoges gilt für die soziale und berufliche Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Gemessen an der immer wieder prognostizierten Fachkräftelücke erscheinen die bisherigen Anstrengungen zur Qualifizierung der jungen Migrant/innen zwar aner kennenswert, aber unzureichend. Und analog zum Gender Mainstreaming brauchen wir ein Cultural Mainstreaming, das Methoden und Strategien im Hinblick auf mögliche Diskriminierungseffekte auf den Prüfstand stellt.
- (5) Nach wie vor gefragt ist die Orientierung der Förderung an anerkannten Abschlüssen. Angesichts der Diskussion über das „Ende der Beruflichkeit“ mag die hohe Attraktion, die der Abschluss einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf für benachteiligte Jugendliche hat, als Anachronismus erscheinen. Die Orientierung an allgemein anerkannten Zertifikaten zu vernachlässigen, hätte aber zur Folge, die Jugendlichen vom nach wie vor bestehenden Zugangssystem von Bildung, Ausbildung und Arbeit auszusperrten.
- (6) Ein weiteres zu beachtendes Prinzip ist der „Arbeitsmarktbezug“, sicher eine umstrittene Forderung angesichts der seit Jahren andauernden Diskussion über die Aussichtslosigkeit von Anstrengungen zur (stabilen) beruflichen Integration von „benachteiligten Jugendlichen“. Aber auch Jugendliche mit ungünstigen Voraussetzungen und in schwierigen Lebenslagen suchen die Herausforderungen des Lernens und Arbeitens, wie sie in Arbeitssituationen mit Ernstcharakter gegeben sind. Diese Arbeitssituationen müssen pädagogisch gestaltet werden, und zwar nicht nur, um die Jugendlichen vor Überforderungen zu bewahren. Die Jugendlichen befinden sich in einer Lebensphase, in der sie lernfördernde Arbeitssituationen benötigen, um ihr Arbeitsvermögen zu entwickeln. Die Europäische Beschäftigungspolitik betont die Notwendigkeit, Arbeitslosen Beschäftigungs- oder Qualifizierungsangebote zu machen, um Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. Das bedeutet, dass auch Jugendliche, für die sich die stabile berufliche Integration als schwierig darstellt, arbeitsmarktrelevante Qualifikationen benötigen, wenn die Arbeit, die sie leisten werden, menschenwürdig sein soll.

Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2003) (Hg.): Berufsbildungsbericht 2003. Berlin/Bonn: BMBF.

EHMANN, Christoph/RADEMACKER, Hermann (2003): Schulversäumnisse und sozialer Ausschluss. Vom leichtfertigen Umgang mit der Schulpflicht in Deutschland. Bielefeld: Bertelsmann.

FÖRSTER, Heike/KUHNKE, Ralf/MITTAG, Hartmut/REISSIG, Birgit (2002 a): Das freiwillige soziale Trainingsjahr – Bilanz des ersten Jahres. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 1/2002 aus dem Forschungsschwerpunkt Übergänge in Arbeit.

GERICKE, Thomas (2004): Duale Ausbildung für Benachteiligte. Eine Untersuchung zur Kooperation von Jugendsozialarbeit und Betrieben. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

HOMANN-LUN, Irene/KRAHECK, Nicole (Jahr fehlt): Förderung schulmüder Schüler. Neue Wege in der Kooperation von Jugendsozialarbeit und Schulen in den Schulmüdenprojekten in Nordrhein-Westfalen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut.

KRAHECK, Nicole (2004): Karrieren jenseits von normaler Erwerbsarbeit. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut.

LEX, Tilly/SCHAUB, Günther (2002): Vom Bittsteller zum Dienstleister – Soziale Projekte im Wandel gesellschaftlicher Modernisierung: Jugendhilfebetriebe zwischen Arbeitsförderung und Marktorientierung. München/Leipzig.

RICHTER, Ulrike (2004): Jugendsozialarbeit und Gender Mainstreaming. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

SCHAUB, Günther (2000) (Hg.): Neue Informations- und Kommunikationstechniken in der Jugendsozialarbeit. Praxismodelle Band 2. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut.

SCHREIBER-KITTL, Maria/SCHRÖPFER, Haike (2002): Abgeschrieben? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Schulverweigerer. Übergänge in Arbeit, Band 2. München: Deutsches Jugendinstitut.

SCHREIBER, Eike/SCHREIER, Kerstin (2001) (Hg.): Interkulturelles Lernen und Arbeiten. Praxismodelle Band 10. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut.